

UPV TU WIEN
Verband der Professoren der Technischen Universität
Wien

An Herrn
Bundesminister
Dr. Johannes Hahn

per Email an:
christine.perle@bmwf.gv.at
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

per E-Mail

12. August 2008

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Universitätsrechts-Änderungsgesetzes
(Änderung des Universitätsgesetzes 2002, Änderung des B-VG, Aufhebung von
Bestimmungen des UOG 1993, KUOG, UniStG) – zur Begutachtung ausgesendet
am 13. Juni 2008

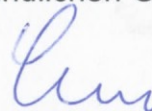
Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Dem Schreiben des Betriebsrates für das wissenschaftliche Personal der TU Wien
vom 11. August 2008 stimmt der Universitätsprofessorenverband der TU Wien
(UPV) nur in folgendem Punkt zu:

- Eine Aufwertung der Funktionen des Senats in seiner strategischen Funktion
ist für die inhaltliche Entwicklung der Universität in Lehre und Forschung
ausschlaggebend, wofür das Informationsrecht in Analogie zum
Universitätsrat erforderlich ist. Die Kompetenzen des Senats sind für die
Mitwirkung bei Organisations- und Entwicklungsplänen, sowie
auf das Initiativrecht für Satzungsänderungen auszuweiten.

Um Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte in einem neuen Novellierungsentwurf
wird ersucht.

Mit freundlichen Grüßen



Univ.-Prof. Dr. H. P. Lenz

o.Univ.Prof.Dipl.-Ing.Dr.techn.H.P.Lenz (Vorsitzender)
c/o Österreichischer Verein für Kraftfahrzeugtechnik (ÖVK)
1010 Wien, Elisabethstraße 26
Tel.: 5852741/10, Fax: 5852741/99, e-mail: Hans-Peter.Lenz@oevk.at